

# Regierungsrat Ammann nimmt den Bund in die Pflicht

**Trinkwasser** Recherchen dieser Zeitung haben gezeigt: Im Kanton Bern weisen deutlich mehr Trinkwasserbestände zu hohe Fungizidrückstände auf als bislang bekannt. Regierungspräsident Christoph Ammann betont, der Kanton habe nichts verschwiegen.

**Cedric Fröhlich**

**Christoph Ammann, ich nehme an, auch ein Regierungsrat konsumiert regelmässig Trinkwasser. Sind Sie verunsichert?**  
Nein, ich habe Vertrauen in die Forschung und unsere Wasserversorger. Ich trinke nach wie vor gerne und viel Wasser.

**Unsere Recherchen haben gezeigt: Die Verunreinigungen des Berner Trinkwassers durch Chlorothalonil-Rückstände sind deutlich gravierender als bislang bekannt. Hat Sie das überrascht?**

Nein. Für die breite Öffentlichkeit ist das zwar eine neue Erkenntnis. Aber im Hintergrund, auf Verwaltungsebene, arbeiten wir natürlich schon lange am Thema.

**Wussten Sie, wie viele Gemeinden betroffen sind?**

Wir wussten aufgrund zahlreicher Messungen des Kantonalen Laboratoriums, welche Regionen

**«Die Regierung war nicht nur informiert, sie ist selbst aktiv geworden.»**

betroffen sind. Im Verlauf der letzten Monate und Wochen hat sich das Bild verdichtet.

**Wieso hat der Kanton dieses Wissen nicht geteilt?**

Das stimmt so nicht. Die Regierung war nicht nur informiert über diese Zwischenergebnisse, sie ist selbst aktiv geworden. Wir haben beim Bund ein Chlorothalonil-Verbot verlangt – als einer der wenigen Kantone. Und zwar als direkte Folge unserer Untersuchungen. Das geschah bereits im Dezember 2019, da haben wir uns klar geäussert und in einer Medienmitteilung die betroffenen Regionen genannt. Wir ha-



Der Kanton war im Bild über die Tragweite des Trinkwasserproblems. Dass die Berner Regierung zu defensiv kommunizierte, lässt Regierungspräsident Christoph Ammann aber nicht gelten. Foto: Franziska Rothenbühler

ben zudem im Rahmen der politischen Debatte im Grosse Rat Auskunft erteilt.

**178 000 Bernerinnen und Berner konsumieren Trinkwasser, in dem die gesetzlichen**

**Höchstwerte überschritten sind. Das hat man so nie von Ihnen gehört.**

Nein. Aber die Höchstwerte sind das eine. Die Risiko einschätzung ist etwas ganz anderes. Das ist keine kantonale Aufgabe, son-

dern Sache von Expertinnen und Experten des Bundes.

**Wir sprechen aber nicht über die möglichen Risiken, sondern vom Fakt, dass die Dimensionen des Problems nicht be-**

**«Wir alle stehen in der Verantwortung.»**

**kannt waren – und die Kommunikation des Regierungsrats praktisch inexistent.**

Sie war nicht inexistent, sondern zweckmässig. Wir haben stets dem jeweiligen Kenntnisstand entsprechend kommuniziert.

Wie gesagt: Die Regierung hat sich für das Verbot eingesetzt und sich im Grosse Rat geäussert. Wenn Sie die Antwort lesen, sehen Sie, dass viele Informationen schon im November öffentlich gemacht wurden.

**Das Kantonale Laboratorium konnte aufgrund einer Schweigepflicht seine Erkenntnisse nicht öffentlich mitteilen. Gab es keine Möglichkeit, das Laboratorium davon zu befreien?**

Nein, die Informationspflicht ist von Gesetzes wegen bei den Wasserversorgern. Das Laboratorium ist Kontrollstelle, und es berät die Wasserversorger. Mit einer Befreiung von der Schweigepflicht ist es auch nicht getan. Wir brauchen Ergebnisse, Grundlagenarbeit. So etwas geschieht nicht von heute auf morgen.

**Verstehen Sie, dass der Eindruck entstehen kann, dass der Kanton Bern wichtige Informationen verschwiegen hat?**

Schauen Sie, mir wäre es auch lieber gewesen, wenn ich in einem halben Jahr hätte sagen können: Wir hatten hier und dort folgendes Problem, und wir haben es gelöst. Wir sprechen aber über ein Thema, bei dem viel im Fluss ist. Über ein politisches Thema, das Betroffenheit auslöst. Ich verstehe, dass man sich noch grössere Transparenz und noch schnellere Reaktionen wünscht. Aber wir haben weder etwas verharmlost noch unter dem Deckel gehalten. Wir haben die Öffentlichkeit so informiert, wie das zum jeweiligen Zeitpunkt angemessen war. Zudem hat sich der Kenntnisstand in den letzten Wochen und Monaten laufend verändert. Und er wird sich weiter verändern.

**Es werden also weitere Gemeinden hinzukommen.**

Diese Frage müssen Sie den Experten stellen. Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass das Verbot eine Reduktion der Einträge ins Trinkwasser zur Folge hat. Aber heute kann niemand genau sagen, wie schnell die Konzentration abnehmen wird.

**Eine Schlüsselrolle nehmen die Wasserversorger ein. Sie müssen über die Qualität ihres Trinkwassers informieren. Aber viele kommen an ihre Grenzen.**

Die Kommunikation ist eine Verbundaufgabe. Bund, Kanton, Gemeinden – alle stehen in der Verantwortung. Aber es stimmt: In erster Linie müssen die Wasserversorger Rechenschaft über die Qualität abliefern und sie auch gewährleisten. Der Kanton stellt sicher, dass sie dieser Pflicht nachkommen.

**Die meisten machen ihren Job nach bestem Wissen und Gewissen, veröffentlichen einmal im Jahr einen Bericht über die Wasserqualität. Mit der aktuellen Situation aber sind viele überfordert.**

Das ist richtig, bisher hat ein solcher Bericht ausgereicht. Heute nicht mehr. Darum werden wir

**«Wir haben weder etwas verharmlost noch unter dem Deckel gehalten.»**

über die Aufsichtsverantwortung hinaus unsere Beratungsaufgaben stärker wahrnehmen. Gerade halbprofessionelle Organisationen in kleineren Gemeinden wollen wir stärker unterstützen.

**Wie wird das ablaufen?**

Eine Taskforce mit Fachleuten aus den zuständigen Ämtern ist an der Arbeit. Wir sind in engem Kontakt mit den Wasserversorgern und den Gemeinden. Das Kantonale Laboratorium steht zur Verfügung für zusätzliche Messungen, wenn die Versorger das wünschen. Und wir haben auch die Möglichkeit, sie kommunikativ zu beraten. Alle haben ein grosses Interesse daran, dass die Verunsicherung in der Bevölkerung nicht noch stärker wird.

**Bei den Menschen löst die Diskussion um unser Trinkwasser Unbehagen aus.**

Ich verstehe die Sorgen in der Bevölkerung, wenn man solche

Schlagzeilen liest und solche Messergebnisse zur Kenntnis nimmt. Aber zur heutigen Zeit finden Sie im Kanton Bern in keiner einzigen Wasserfassung eine Situation vor, bei der man von einem ernsthaften Gesundheitsrisiko sprechen müsste.

**Aber das Trinkwasser entspricht an vielen Stellen nicht den lebensmittelrechtlichen Standards.**

Das stimmt. Und deshalb ist nun der Bund in der Verantwortung. Er hat in Aussicht gestellt, im Sommer die Kantone zu informieren, welche Massnahme er einleitet.

**Die Wasserversorger haben zwei Jahre Zeit, die Konzentration der Rückstände unter den Höchstwert zu senken. Schaffen sie das?**

Das ist die aktuelle Ausgangslage. Ich erwarte vom Bund, dass er diese Entwicklung genau verfolgt. Vielleicht gelangt er zum Schluss, dass zwei Jahre nicht ausreichen, und verlängert die Frist. Aber das kann ich weder voraussagen, noch kann der Kanton diesbezüglich in Eigenregie handeln.

**Bis dahin werden wir über zwei nationale Trinkwasserinitiativen abstimmen. Der Agrarkanton Bern ist vom Ausgang dieser Voten stark betroffen. Welche Implikationen haben die neuen Ergebnisse für die öffentliche Debatte?**

Es sind alle Akteure gefordert, damit sichergestellt ist, dass eine seriöse politische Meinungsbildung stattfinden kann – das ist ganz klar. Das Thema ist schon länger auf der Agenda. Die Erkenntnisse verändern sich einfach laufend. Man sieht, dass die Einträge ins Grundwasser eine Tragweite haben, die man vor ein paar Jahren noch nicht vermutet hat. Das ist der Arbeit in den Laboren und in zahlreichen Behörden zu verdanken. Gestützt darauf muss nun eine fundierte politische Auseinandersetzung stattfinden.

## Diebe stehlen Zahnarzt-Material der Uni Bern

**Stadt Bern** Für rund 400 000 Franken müssen Instrumente ersetzt werden.

Gestohlen wird ja so allerhand – Papageien, Rasierklings, Autoreifen oder ein ganzes Kupferdach, um nur ein paar Kuriositäten aus der Presse zu nennen. Speziell mutet auch ein Einbruchdiebstahl in Bern an. Die Leidtragende ist die Zahnmedizinische Klinik der Universität Bern. Diebe stahlen dort zahnärztliche Instrumente im Wert von rund 400 000 Franken. Bekannt wurde das Ganze durch die Onlineplattform simap.ch. Dort können Bund, Kantone und Gemeinden öffentliche Ausschreibungen publizieren, auf die sich Unternehmen bewerben können. Im vorliegenden Fall stammt der Eintrag vom Kanton Bern. Denn er muss die gestohlenen Instrumente ersetzen. Laut dem Onlineeintrag von letzter Woche hat sich der Einbruch bereits letzten November ereignet.

erhielt die Schweizer Firma in einem freihändigen Verfahren, wie dem Simap-Eintrag zu entnehmen ist. «Die meisten Materialien konnten bereits ersetzt werden», so Ammann.

Weil der Kanton Strafanzeige eingereicht hatte, wurde die Kantonspolizei aktiv. Dort gibt es jedoch nicht viel Erhellendes zu hören, da die Ermittlungen noch im Gang seien. Laut Kapo-Mediensprecher Christoph Gnägi sind Einbruchdiebstähle in Arzt- und Zahnarztpraxen im Kanton eher selten. Zu den möglichen Tätern meint er: «Es ist davon auszugehen, dass es sich um eine professionelle Täterschaft handeln dürfte.»

**Endstation Osteuropa**

Eine Kurzrecherche im Internet zeigt, dass Einbrüche in Zahnarztpraxen jenseits der Kantons-grenzen gar nicht so selten sind. So kam es laut NZZ zwischen 2006 und 2010 in der Deutschschweiz zu rund 120 Einbrüchen in Arzt- und Zahnarztpraxen. Die Deliktsumme: über 10 Millionen Franken. Die Täter: eine kriminelle Organisation, deren Chefs sich vermutlich im Ausland aufhalten. Zu diesem Schluss kam eine polizeiliche Sondereinheit mit dem passenden Namen «Karies». Auch aus Deutschland finden sich zahlreiche Meldungen. «Sogar die Bohrer sind weg», titelte die Boulevardzeitung «Bild» vor fünf Jahren über einen Fall aus dem Ruhrgebiet. Ein Branchenkenner meinte dazu: «Diese Geräte werden sogar bei Ebay angeboten.» Viele davon würden in osteuropäischen Praxen landen.

**Lernende müssen warten**

Gerhard Ammann, Mediensprecher der Bau- und Energiedirektion des Kantons Bern, bestätigt auf Anfrage den Diebstahl. Laut ihm drangen die Täter in den sogenannten Phantomraum der Zahnmedizinischen Klinik auf dem Insel-Areal ein. Dabei handelt es sich um einen Unterrichtsraum, der mit Simulationsplätzen für angehende Zahnärzte ausgestattet ist. Dort wurden diverse Instrumente gestohlen, auch die Antriebsmotoren der Geräte entwendeten die Diebe. Für die Lernenden hat dies Konsequenzen: «Die eigentlich vorgesehenen Inhalte müssen im weiterhin laufenden Studienjahr alle nachgeholt werden», sagt Ammann. Ersetzt werden die gestohlenen Geräte durch den bisherigen Anbieter. Den Zuschlag

**Michael Bucher**

## Neubewertung der Liegenschaften wirkt sich auch auf den Eigenmietwert aus

**Kanton Bern** Wahrscheinlich erwartet die Gemeinden nicht ganz so ein hoher Geldsegen wie erwartet. Das geht aus der neusten Mitteilung der Regierung zur allgemeinen Neubewertung der Grundstücke hervor. Nach im September ging die kantonale Steuerverwaltung davon aus, dass die Gemeinden mit Mehreinnahmen von bis zu 115 Millionen Franken aus den Liegenschaftssteuern rechnen können. Dies, weil die für die Steuern relevanten amtlichen Werte an den meisten Orten im Kanton steigen werden.

schäftigen, weil das Bundesgericht das ursprüngliche Vorgehen als widerrechtlich befunden hatte. Die Gesetzgrundlage dafür, einen Zielmedian festzusetzen, fehlte. Die neuen Werte sollen ab dem Steuerjahr 2020 gelten.

**Weniger als 10 Prozent**

In ihrer Mitteilung macht die Regierung zudem darauf aufmerksam, dass die Neubewertung indirekt auch Auswirkungen auf den Eigenmietwert haben wird – also jenen Betrag, den Liegenschaftsbesitzer als fiktives Einkommen in ihrer Steuererklärung deklarieren müssen. Für Hauseigentümer, die in ihren Liegenschaften wohnen, wird die Neubewertung also nicht nur bei den Vermögens- und Liegenschaftssteuern, sondern unter Umständen auch bei der Einkommenssteuer spürbar sein.

Allerdings ist es laut Steuerverwalter Claudio Fischer nicht zwingend, dass sich der amtliche Wert und der Eigenmietwert im gleichen Verhältnis verändern werden. Die Hälfte der Betroffenen wird nach der Neubewertung einen höheren, die andere einen tieferen Eigenmietwert haben. Die Abweichung wird in 93 Prozent der Fälle jedoch weniger als 10 Prozent des heutigen Eigenmietwerts betragen. (sar)

## Über 50 Gemeinden sind betroffen

Das Trinkwasser im Kanton Bern enthält an zahlreichen Orten zu viele Rückstände des Fungizids Chlorothalonil, das als «wahrscheinlich krebserregend» gilt und mittlerweile verboten ist. Das zeigen amtliche Messungen des vergangenen Jahres, deren Herausgabe diese Zeitung mit einem Gesuch um Akteneinsicht erzwang hat.

In insgesamt 36 Berner Grundwasser- und Quellfassungen wurden die Höchstwerte für Chlorothalonil überschritten, vor allem im Seeland und im Oberaargau. Die Liste ist aber nicht abschliessend: Seit den letzten Messungen sind laut Wasserversorgern mindestens 18 weitere Überschreitungen registriert worden. Insgesamt trinken gemäss Recherchen dieser Zeitung also über 178 000 Einwohnerinnen und Einwohner in über fünfzig Gemeinden Hahnenwasser mit zu hohen Chlorothalonil-Werten. An einer gestrigen Me-

dienveranstaltung sagte der Berner Kantonschemiker Otmar Deflorin, dass diese Zahlen schwierig einzuschätzen seien, aber stimmen könnten. Der Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter Trinkwasser sei aber tief. Auf Erdbeeren seien 5000 Mikrogramm pro Kilo zulässig.

Deflorin forderte die Wasserversorger zum Handeln auf. Der Kantonschemiker betonte weiter, dass die Konzentration der Metaboliten in den nächsten Monaten und Jahren wichtiger sei als die Daten vom letzten Jahr. Nach dem Verbot des Fungizids brauche es Verlaufsmessungen, ob die Massnahmen auch wirken. Diese müssen von den Wasserversorgungen erst noch geplant, durchgeführt und ausgewertet werden. Wie schnell die Konzentration zurückgehe, hänge von zahlreichen lokalen Gegebenheiten ab wie Bodeneigenschaft oder Erneuerungsrate des Grundwassers. (jek/hus)

## Biel relativiert: «Seewasser ist besser als Grundwasser»

Nun auch Biel. Wie diese Zeitung publik machte, konnten in über achtzig Gemeinden im Trinkwasser-Abbauprodukte von Chlorothalonil nachgewiesen werden. Biel gehört dazu. Doch steht die Stadt im Vergleich zu Orten, die ihr Trinkwasser aus dem Grundwasser beziehen, wesentlich besser da: «Biel bezieht 90 Prozent seines Trinkwassers aus dem See», sagt Andreas Hirt, Leiter Bau und Netzservices beim Energie-Service Biel (ESB). Und dessen Wasserzusammensetzung verändere sich ständig.

Heisst, der Messwert von letzter Woche, der eine geringfügige Überschreitung des Chlorothalonil-Grenzwerts belegte, könnte nächste Woche schon wieder anders aussehen. «Eine Messung ist keine Messung», so Hirt. Erst bei einer gewissen Permanenz könne man verlässliche Aussagen zur Wasserqualität machen.

Das instabile Seewasser hängt mit dem Zufluss von Aarewasser aus dem Hagneckkanal zusammen. Führt dieser viel Wasser, fließt dieses unbelastete Oberflächenwasser in den See, was sich positiv auf die Qualität von See- und Grundwasser auswirkt. Man nennt diesen Vorgang Exfiltration. Beim gegenteiligen Fall, wenn also wenig Wasser aus der Aare in den See fließt, dringt Grundwasser in die Aare und dann in den See. Und genau auf diesem Weg, Infiltration genannt, gelangt das Chlorothalonil ins Seewasser.

**«Ich trinke Hahnenwasser»**

Das Bieler Seewasser wird im Seewasserwerk in Ipsach aufbereitet und bildet für den ESB das erste Standbein in der Versorgung. Gibt es im Wasserwerk in diese eine Panne, muss Biel auf das zweite Bein ausweichen: den

Wasserverbund Seeland (WVS) in Worben. Und genau im Seeland ist das Pestizidproblem aufgrund des intensiven Ackerbaus am grössten. Beim WVS sind aktuell drei Fassungen in Betrieb, auch solche, in denen der Höchstwert überschritten ist. «Dieses Wasser hat klar die schlechtere Qualität als unser Seewasser», so Hirt.

Und doch: «Es gibt keinen Anlass zur Sorge.» Er selber werde weiterhin Bieler Hahnenwasser «in grossen Mengen trinken», sagt Hirt. Klar, der Stoff gehöre nicht ins Wasser. «Aber die Überschreitung ist viel zu gering, als dass man von einer ernsthaften

Gefahr sprechen kann.» Wie die anderen Wasserversorger werde aber auch der ESB alles daran setzen, das Pestizid aus dem Wasser zu bringen. «Wir werden nun wöchentlich Messungen durchführen. Das Seewasserwerk wollen wir technisch aufreuen.» Und bei der Planung des neuen Werkes, es soll 2024 betriebsbereit sein, nehme die Senkung von Spurenstoffen eine zentrale Rolle ein. «Wir testen derzeit verschiedene Konzepte, zum Beispiel mittels Ozon.»

**Keine grossen Wellen**

Wie kam die Pestizidnachricht in der Stadt am See an? Zapfen die Bieler weiterhin Hahnenwasser, oder wird nun Mineralwasser nach Hause geschleppt? Ein erster Augenschein zeigt: Das Wasserthema schlägt keine grossen Wellen. «Es ist dem Gast überlassen, ob er nun lieber ein Mi-



Andreas Hirt, Leiter Bau und Netzservices ESB Biel

neralwasser als Hahnenwasser bestellen will», sagt etwa Christian Babey vom Restaurant Les Caves, der seinen Gästen gratis Hahnenwasser auschenkt. Er selber werde sicher weiterhin Hahnenwasser trinken – «es hat heute trotz allem viel die bessere Qualität als früher». Was Babey missfällt, ist die fehlende Information: «Die Behörden müssen mit offenen Karten spielen.» Auch Nina Streit, Bieler Lehrerin und Mutter, wird nicht von «Hahnenburger» auf Nestlé wechseln. «Verglichen mit anderen Ländern, ist unser Wasser nach wie vor top», sagt sie. Man müsse das Ganze mit Pragmatismus betrachten: «Überall lauern Gefahren, Pestizide hier, Mikroplastik da, am Schluss weiss man nicht mehr, was man noch darf und was nicht.»

**Simone Lippuner**



Bieler Wasser, wie vom Fontaine de Banneret, könne weiterhin bedenkenlos getrunken werden. Foto: Getty Images